

Thema:

Demokratie-Update

von Luca Widmer

Kantonsschule Wohlen, Schweiz

Wie der Klimastreik deutlich gezeigt hat, sind viele Schüler besorgt um ihre Zukunft und gehen auf die Strasse um «Druck auf die Politiker zu machen». Es entsteht ein zunehmender Eindruck, dass die Politik sich v.a. um den Profit der Gegenwart schert und sich nicht wirklich um die Zukunft kümmert – «nach mir die Sintflut».

Ähnliche Eindrücke erhält man, wenn es um die Altersvorsorge geht: Die Jungen fragen sich, ob sie jemals eine Rente kriegen werden, und finden es höchst stossend, dass notwendige Reformen nicht zuletzt am Widerstand der Rentner scheitern, deren Interessen man im Parlament offenbar nicht zu ignorieren wagt.

Das Problem, das sich hier zeigt ist folgendes: Die Fragen der Zukunft, die naturgemäss die Jungen betreffen, werden zunehmend durch die Älteren entschieden, welche diese Zukunft nicht erleben werden und die Konsequenzen nicht tragen müssen. Der Generationenvertrag und damit letztlich der Zusammenhalt der Schweiz scheint zunehmend in Frage gestellt. Im Folgenden werde ich kurz auf die Ursachen dieses Problems eingehen und dann einige Gedanken formulieren, wie die Problematik durch ein «Update unseres Politsystems» entschärft werden könnte.

Die wichtigsten Entscheide zu den beiden oben erwähnten Themen werden in der Schweiz im Parlament (National- und Ständerat) und gegebenenfalls an der Urne vom Volk gefällt. Sowohl im Parlament als auch bei den Stimmberechtigten bzw. Stimmbeteiligten sind die Jungen massiv untervertreten, und zwar aus zwei Gründen:

Einerseits ist das Stimmrechtsalter nach unten auf 18 begrenzt, nicht aber nach oben. Die unter 18-jährigen sind also nicht berechtigt, ihre Interessen zu vertreten. Akzentuiert wird diese Entwicklung noch durch die demographische Entwicklung: Die Menschen werden immer älter und ein Blick auf die momentane Bevölkerungspyramide lässt erahnen, dass die Zahl, der über 40-Jährigen schon bald jene der unter 40jährigen übersteigen wird. Es ist deshalb nicht abzustreiten, dass die Interessen der Alten sowohl im Parlament als auch bei Abstimmungen zunehmend Gewicht erhalten, während jene der Jungen immer weniger Gehör finden.

Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, dass die jungen Stimmberechtigten zwischen 18 und 25 ihr Stimm- und Wahlrecht oft nicht wahrnehmen, was die Übermacht der Alten noch zusätzlich verstärkt.

Wie könnte man diese Probleme angehen:

In Bezug auf den ersten Faktor müsste sicherlich das Stimmrechtsalter zur Diskussion gestellt werden. Meiner Meinung nach ist eine Senkung auf 16 Jahre gerechtfertigt. Das Beispiel Glarus zeigt, dass dies problemlos gemacht werden kann.

Dieser Schritt ist aber nur dann wirksam, wenn die Jungen ihr Stimm- und Wahlrecht auch tatsächlich nutzen. Wie also können die Jungen verstärkt zur Urne und zum Politisieren gebracht werden?

Hauptgrund für Abstinenz ist meines Erachtens die Tatsache, dass viele Junge das politische System und die Wirkungsmöglichkeiten nicht verstehen, die Wichtigkeit der Fragestellungen nicht erkennen oder sich von der Komplexität der Sachfragen überfordert fühlen. Auch haben viele das Gefühl, ja doch nichts bewirken zu können. Wie könnte diese Problematik entschärft werden. Hier nur einige Gedanken:

1. Zuerst sehen ich die Schule in der Pflicht: Die Jungen müssen viel früher und altersgerecht an die Politik herangeführt werden, und zwar spätestens auf Bez-Stufe, dann aber insbesondere auch im Gymnasium und an den Berufsschulen. Die oben erwähnte Senkung des Stimmrechtsalter würde das Interesse in dieser Altersstufe zweifellos erhöhen. Die Abstimmungsvorlagen sollten regelmässig in der Schule behandelt werden und der direkte Dialog mit aktiven Politikern und Politikerinnen wäre zu ermöglichen.
2. Auch der Bund und die Parteien sind in der Pflicht: Die jüngeren Bestrebungen, die Erläuterungen zu den Abstimmungen und Wahlen auch per App, Filme, etc. zu gestalten, sollten weiter ausgebaut werden.
3. Weiter müsste man institutionelle Änderungen des Politsystems diskutieren, welche das Gewicht der Jungen stärken. Hier einige (tlw. gewagte) Überlegungen:
 - Einführung einer Stimmgewichtung zugunsten der Jungen (1 Stimme von «Unter 30-jährigen» hat die doppelte Gewichtung).

- Eine Quotenregelung bei Parlamentswahlen: Die Hälfte der Sitze sind für Leute unter 40 reserviert. Eine solche Quotenregelung könnte auch durch die Parteien selbst eingeführt werden: Die Hälfte ihrer Listenplätze wären für Junge zu reservieren.
- Einführung einer Sperrminorität für die Jungen (insb. bei Fragen mit langfristigen Auswirkungen).